

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 1.50 einschließlich des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüchgrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sosa, Unterstüchgrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinste Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pfennige.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Sernsprecher Nr. 210.

Nr. 103.

60. Jahrgang.
Mittwoch, den 7. Mai

1913.

Noch keine Klärung?

Nach den gestern wiedergegebenen Depeschen von der „bedingungslosen Uebergabe Stutari“ hätte man annehmen sollen, alle Sorgen seien nunmehr gewichen und der politische Himmel wolkenlos und sonnenklar. Gemacht! Soweit sind wir denn doch noch nicht. Zunächst hat König Nikita — vielleicht aus Angst vor der eigenen Courage, vielleicht aus Angst vor den anrückenden österreichischen Regimenten — versprochen Stutari zu räumen. Geräumt ist aber die Festung noch nicht. Von der Kundgebung der Absicht, Stutari zu räumen, bis zur Durchführung dieser Räumung ist immerhin noch ein weites Stück Weges und Nikitas Politik hat sich bisher mit einer solchen Hinterhältigkeit durchgesetzt, daß man erst von einer Beendigung der Stutari-Festung sprechen können, wenn die Räumung vollzogene Tatsache ist. Schon jetzt stellt sich die Befähigung Nikitas als eine Formsache dar, denn die Räumung soll nicht eher vorgenommen werden, ehe nicht die montenegrinische Stupschina, die am Donnerstag zusammentritt, ihr Ja und Amen zu Nikitas Beschluß gegeben hat. Nun könnte ja freilich Nikita die Stupschina, wenn sie gegen seinen Willen sein sollte, ebensogut nach Hause schicken, wie er seine Minister nach Hause geschickt hat, vorausgesetzt, daß die Montenegrer es nicht vorziehen, ihrem Könige den Laufpaß zu geben. Und König Nikita scheint schon etwas derartiges zu ahnen:

Konstantinopel, 5. Mai. Diplomatische Nachrichten aus Cetinje melden, daß in letzter Stunde König Nikolaus eine neue Ueberraschung vorbereitete. Er wird Stutari, um unnötiges Blutergießen zu vermeiden, dem Schutze Europas übergeben, gleichzeitig aber die Krone niederlegen.

Damit händen wir dann wieder auf dem alten Fied, denn „Europa“ kann das übergebene Stutari gegen die andere wie ihr König denkenden Montenegrer nur mit bewaffneter Faust schützen. Daß übrigens die entgegenkommenden Schritte nur von dem durchtriebenen Könige der Montenegrer getan sind, nicht aber regierungsseitig, geht aus nachstehender Wolff-Meldung hervor:

Wien, 5. Mai. Eine offizielle Mitteilung der montenegrinischen Regierung, betreffs der Absicht der Räumung Stutari, ist hier noch nicht erfolgt. Man erwartet aber, daß der Vertreter Montenegro heute auf der Vorkonferenz eine offizielle Erklärung abgibt. Nach dem hiesigen Standpunkt müßte die Räumung tatsächlich unverzüglich und bedingungslos ins Werk gesetzt werden. Andernfalls würde Österreich dafür Sorge tragen, daß es nicht bei der Ankündigung bleibt. — Bezüglich Albanien versichert man hier, daß das Interesse Italiens und Österreichs fortbesteht, das zur Herstellung der Ordnung in diesem Lande bestehende Programm durchzuführen. Jedenfalls bewiesen die Meldungen über das Vorgehen des Kaiserhofes, wenn auch ihre volle Bestätigung erst abzuwarten sei, das Bestreben der Nachbarn Albanien, dieses Land zu einem Intrigenherd zu machen.

Auch die Hoffnung, der Vertreter Montenegro würde auf der gestrigen Vorkonferenz eine biszweuzügliche Erklärung der montenegrinischen Regierung abgeben, scheint nicht in Erfüllung gegangen zu sein; auch hier wird nur die Erklärung des Königs vorgelesen haben. Trotzdem hat diese samstägliche Konferenz aus diesem Anlaß geglaubt, sofort wieder die Arbeit sein lassen zu dürfen, und hat sich deshalb abermals vertagt:

London, 5. Mai. Die Vorkonferenz hat sich heute nachmittags 5 1/2 Uhr auf Donnerstag vertagt. Das Reiterische Bureau empfing nach der Sitzung vom Auswärtigen Amt folgende Mitteilung: Die Tatsache, daß der König von Montenegro das Schicksal Stutari in die Hände der Mächte gelegt hat, gereicht den Regierungen der Mächte zur großen Befriedigung. Die Mächte werden jetzt erwägen, welche Abmachungen für die Zukunft hinsichtlich der Stadt getroffen werden sollen.

Ueber die Neubildung des montenegrinischen Kabinetts liegt folgende Meldung vor:

Wien, 5. Mai. Der Reichspost wird von ihrem Korrespondenten aus Cattaro gemeldet, daß das montenegrinische Ministerium infolge der veränderten politischen Situation demissioniert habe und daß der kommende Ministerpräsident Mijuslovic sein werde, in dessen Kabinett Kurkovic, Popovic und Buketic eintreten werden.

Eine recht erfreuliche Nachricht kommt noch aus Konstantinopel:

Konstantinopel, 5. Mai. Zwischen der Pforte und den Balkanverbündeten wurde die Einstellung der Feindseligkeiten bis zum Friedensschluß nunmehr definitiv vereinbart.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Reise des Kronprinzen nach Deutsch-Ostafrika. Wie die „Tägl. Rundschau“ hört, beabsichtigt der Kronprinz noch in diesem Jahre eine Reise nach Deutsch-Ostafrika zu unternehmen. Bekanntlich war von einem Besuche der deutschen Kolonie durch den Kronprinzen schon im Anschluß an seine Indienreise die Rede; doch mußte damals der Plan wegen der Kürze der verfügbaren Zeit aufgegeben werden.

— Zum Attentat auf den Großherzog von Baden. Amtlich wird erklärt, daß es sich bei dem Tapezierer Jung, der am Sonntag in Mannheim auf das Treppentritt des Wagens des Großherzogs sprang, um einen geistig minderwertigen Menschen handelt. Darauf deutet auch der Umstand hin, daß Jung im Oktober vorigen Jahres vom Mannheimer Bezirksamt auf seinen Geisteszustand untersucht wurde. Vor dem Vorfall hatte der Mann zehn Glas Bier getrunken. Danach dürfte auch seiner Behauptung, daß er auf den Vortritt bezügliche Briefe aus Berlin erhalten habe, keine große Bedeutung beizumessen sein. Jedenfalls ergab die Untersuchung der Jungenschen Wohnung keinerlei Anhaltspunkte für die Richtigkeit dieser Behauptung.

Frankreich.

— Rede des französischen Ministerpräsidenten. Auf einem Bankett der Stadtverwaltung hielt Ministerpräsident Barthou eine Rede, in der er die Notwendigkeit der Einigkeit der Republikaner betonte. Der Ministerpräsident verteidigte sich energisch gegen die Unterstellung, daß er zu politischen Zwecken das patriotische Gefühl oder die Schwierigkeiten der äußeren Lage hätte ausbeuten wollen. Die Ereignisse sprächen laut genug selbst für diejenigen, die nicht hören und sehen wollten und in untätigem Optimismus verharren. Der Balkankrieg hatte das alte Gleichgewicht gestört. Die wohlverdienten Siege der Balkanstaaten hätten neue Probleme aufgeworfen und die Berechnungen der Diplomatie zu nichte gemacht. Diese sei zum Gegenstand billiger Ironie geworden, aber die Dienste müßten hervorgehoben werden, die die Vorkonferenzvereinbarung in London, die mit so vorzüglicher Festigkeit geleitet wurde, dem europäischen Frieden geleistet habe, einem unsicheren Frieden, den sie gesichert habe. Die Diplomatie habe sechs Monate durch gegenseitige Zugeständnisse die Einigkeit der Großmächte aufrecht erhalten und kostbare Zeit gewonnen, Frankreich habe dabei die Rolle gespielt, die seinem Bündnis, seinen Freundschaften wie seinem Willen, einen Konflikt zu vermeiden, dessen Folgen unmöglich vorausgesehen werden könnten, entspräche. Ohne die Rechte Frankreichs zu verletzen, habe die französische Diplomatie ihre europäische Pflicht getan und habe an den Anregungen oder Demonstrationen teilgenommen, die allein einen Bruch vermeiden könnten, der Unsicherheit und Gefahren in sich trage. Sie werde auch dieser Haltung treu bleiben, um einerseits den Beschlüssen, in denen das einmütige Europa seine Autorität und seine Würde festgelegt habe, Achtung zu verschaffen und um andererseits die endgültigen Bedingungen des Friedens auf dem Balkan schneller festzulegen. Barthou stellte dann fest, es sei unmöglich, zu erklären, daß der Friede gegen jede Gefahr gesichert sei.

England.

— Englands Sorge um seine Verteidigung in der Luft. Im Mansionhouse zu London fand am Montag nachmittags eine große Versammlung unter dem Vorsitz des Lordmayors statt. Die Versammlung, die nicht von einer bestimmten Partei einberufen war, gab dem Wunsch Ausdruck, Maßnahmen zu ergreifen, um vollständige Sicherheit gegen Angriffe aus der Luft zu erlangen. An der Versammlung nahmen u. a. eine große Anzahl von Peers, Mitgliedern des Unterhauses und Finanzleuten teil. Der Herzog von Argyll beantragte, Großbritannien solle Vorkehrungen treffen, um sich sobald wie möglich ein ausgeprochenes Uebergewicht in der Luft durch Anschaffung von Luftschiffen und Flugfahrzeugen zu verschaffen, ebenso wie man es gegenüber der nächststarken Macht zur See tue. Sir Edward Beauchamp, der Präsident der Lloydgesellschaft, stellte den Antrag, einen Verein für nationale Verteidigung in der Luft zu gründen. Alle Anträge wurden einstimmig angenommen.

— Suffragetten und ihre Helfershelfer vor dem Polizeigericht. Vor dem Londoner Polizeigericht fand am Montag die Verhandlung gegen die der Verschwörung angeklagten Suffragetten und zwei Helfershelfer männlichen Geschlechts statt. Der Staatsanwalt machte neue, erschauende Enthüllungen. Er erklärte, die Polizei habe in der Wohnung des einen Angeklagten einen Brief eines gewissen Brüdner aus Hamburg gefunden, der die Skizzierung eines Planes zu enthalten scheine, in den Theatern, Varietés und

Konzerthallen Sprengpulver auszustreuen. Ein zweiter Brief beziehe sich auf einen Anschlag gegen eine Schiffswerft. Der Staatsanwalt teilte mit, daß die öffentliche Anklagebehörde Erwägungen über die rechtliche Stellung der Personen anstelle, welche Beiträge zum Suffragettenfonds gestiftet haben, und deren Checks mit Beschlag belegt seien.

China.

— Zur Lage in China. Nach einer Meldung der „Daily Mail“ aus Peking ist die Lage sehr kritisch, da die erste Rate der 5-Mächteanleihe nicht bezahlt wird. Die Regierung droht mit anderen Banken in Unterhandlungen zu treten, wenn die Bedingungen nicht prompt inne gehalten werden. Man glaubt, daß Zwistigkeiten innerhalb der 5-Mächtegruppe ein Zusammengehen unmöglich machen. Man ist der Ansicht, daß die chinesische Diplomatie alles getan habe, um die Lage zu einer recht vernünftigen zu machen.

Vertliche und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock, 6. Mai. „Maimonat kühl und naß, fällt dem Bauern Scheuer und Jaß“ sagt eine bekannte Wetterregel. Nun ja, kühl genug ist es sicherlich und ebenso auch reichlich naß. Daß aber obendrein auch noch Schnee dabei sein muß, dürfte wohl allgemein als höchst überflüssig betrachtet werden, denn hierher dürfte — in Anbetracht der vorgeschrittenen Vegetation — kaum zu einer weiteren Ergänzung des oben angeführten Waisens beitragen. Leider konnten wir aber heute gegen Mittag wieder einem fast regelrechten Schneefall zuschauen. Hoffentlich ist dies Madame Holles letzte Anwandlung von Arbeitslust in diesem Frühjahr gewesen; denn nun wollen wir bald Blüten Schnee nicht aber die von ihr feilgehaltene „Baumwoll“ haben.

— Grimma, 2. Mai. Am Mittwoch nachmittags brannten in Pausitz drei Wäiter bis auf die Bohnhäuser weg, und zwar zwei dem Satzbesitzer Hammer gehörige und das Kernische, früher Wettermannsche Gut. Das Feuer wurde durch einen fünfjährigen Knaben verursacht, der in der Scheune seines abwesenden Vaters mit Streichhölzern gespielt hat.

— Annaberg, 4. Mai. Eine Abgeordnetenversammlung des Obererzgebirgischen Bezirks-Feuerwehrverbandes fand hier am Sonntag unter Vorsitz des Herrn Kommerzienrats Wimmer statt. Man beschäftigte sich mit der Abänderung des Grundgesetzes und der Festlegung des Feuerwehrtages in Thum. Die Ortsfeuerwehr Oberseibe fand Aufnahme in den Verband.

— Johannegeorgenstadt, 4. Mai. In der hiesigen Zimmerfabrik von Kurz haben sämtliche Arbeiter gestern die Arbeit eingestellt. Sie verlangen von der Firma die Entlassung zweier unbeliebter Werkführer. Arbeitswillige aus dem benachbarten Böhmern werden zurückgehalten. — Seit Wochen treibt hier eine mit den örtlichen Verhältnissen vertraute Diebesbande ihr lichtscheues Gewerbe. Da in den letzten Tagen sich die Diebstähle und Einbrüche auffällig mehrten, unternimmt Polizei und Gendarmerie nachts Razzias, wobei man sich eines Hundes bedient.

— Schneeberg, 3. Mai. Die Einigungsverhandlungen im Baugewerbe sind in den Lohnbezirken Aue und Auerhammer, Schneeberg und Umgegend, Schwarzenberg und Löhnitz gezeichnet. Die Arbeitgeber hatten für Maurer und Zimmerer, Hilfsarbeiter und Steinträger die folgenden Zuschläge bewilligt: für Aue und Auerhammer sowie Schneeberg und Umgegend ab 1. Mai dieses Jahres zwei Pfg. für die Stunde, für 1914 einen Pfg. und für 1915 zwei Pfg. für die Stunde; für Schwarzenberg und Löhnitz ab 1. Mai dieses Jahres sowie weiter für die Jahre 1914 und 1915 je zwei Pfg. für die Stunde. Der Vorschlag ist jedoch von den Arbeitnehmern abgelehnt worden. Sie beharren auf der Lohnerhöhung auf Grund der zentralen Verhandlungen in Berlin.

— Plauen, 3. Mai. Mit einem Wilderer hatte am Himmelfahrtstag auf Kauschwitz Revier der Jäger Emil Hertel einen Kampf zu bestehen. Es kam dabei zu einem Handgemenge, bei dem der Jäger nicht unerschrocken verlor wurde. Der Wilderer, der ein zusammengeklapptes Gewehr bei sich hatte, stoh zwar, ist aber, da man ihn erkannt hatte, später verhaftet worden. Es ist der Former Karl Koft hier.